

Antrag

Hannover, den 21.04.2026

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Agrardieselregelung entbürokratisieren - praxistaugliche Entlastung für landwirtschaftliche Betriebe sicherstellen und mittelfristig Einstieg in alternative Antriebstechnologien vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen stehen vor erheblichen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen. Steigende Energie-, Betriebsmittel- und Arbeitskosten, zunehmende Anforderungen an Klima-, Umwelt- und Tierschutz sowie volatile Erzeugerpreise belasten die Betriebe erheblich. Vor diesem Hintergrund kommt staatlichen Entlastungsinstrumenten eine besondere Bedeutung zu, um Planungssicherheit zu gewährleisten und Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

Die steuerliche Entlastung von Agrardiesel stellt seit vielen Jahren ein zentrales Instrument dar, um die besonderen Belastungen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen abzufedern. Sie trägt dazu bei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, solange praxistaugliche und bezahlbare Alternativen zu dieselbetriebenen Maschinen - insbesondere im schweren Einsatz - nicht flächendeckend zur Verfügung stehen. Gleichzeitig festigt der bisherige Auszahlungsmodus jedoch bestehende Strukturen und die Fokussierung auf fossile Energien. Die Umstellung auf alternative Antriebsarten wird so finanziell unattraktiver.

In der praktischen Umsetzung ist die Agrardieselerückvergütung außerdem mit einem bürokratischen Aufwand verbunden. Umfangreiche Antrags-, Nachweis- und Prüfpflichten binden sowohl in den Betrieben als auch in der Verwaltung personelle Ressourcen. Insbesondere kleinere und mittlere Betriebe stoßen hierbei an organisatorische Grenzen. Die Komplexität der Verfahren steht dabei zunehmend in einem Missverhältnis zur eigentlichen Entlastungswirkung. Dennoch stellen rund zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen einen Antrag auf Rückervergütung.

Niedersachsen ist als Agrarland Nummer 1 in Deutschland in besonderem Maße betroffen. Mit seiner vielfältigen Betriebsstruktur und einem hohen Anteil energieintensiver Produktionsverfahren haben unnötige bürokratische Hürden besonders in Niedersachsen große Auswirkungen.

Zugleich ist festzustellen, dass die Diskussion um die Agrardieselregelung in der Vergangenheit vielfach verkürzt geführt wurde. Pauschale Forderungen nach einem ersatzlosen Abbau verkennen die aktuelle technische Realität in der Landwirtschaft ebenso, wie das starre Festhalten an vermeintlich etablierten Strukturen, das gesellschaftliche und klimapolitische Veränderungen außer Acht lässt. Echte Lenkungswirkungen können nur dann entstehen, wenn verlässliche Alternativen vorhanden und wirtschaftlich tragfähig sind.

Daher begrüÙt der Landtag den eingeschlagenen, bisherigen Weg der Landesregierung in dieser Frage. Bereits 2024 wurde sich mit der gemeinsamen Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten und der Landwirtschaftsministerin zusammen mit den Landwirtschaftsverbänden gegen eine alternativlose und kurzfristige Abschaffung der Agrardieselsubvention ausgesprochen.

Die niedersächsische Landtechnik-Branche darf beim Thema Elektro-Antriebe nicht abgehängt werden, denn insbesondere im hofnahen Bereich ist eine Elektrifizierung umsetzbar.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die europarechtlichen Rahmenbedingungen eine automatisierte und pauschalierte Auszahlung der Agrardieselerückvergütung ermöglichen,

2. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die nötigen Gesetze und Verordnungen, insbesondere § 57 Energiesteuergesetz sowie die Energiesteuer-Durchführungsverordnung (EnergieStV), in diesem Sinne angepasst werden,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Datentransport aus dem Antrag zur Förderung landwirtschaftlicher Betriebe über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP-Antrag) für die in Forderung 1 erwähnten Zwecke ermöglicht wird,
4. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass ein bundeseinheitlicher Schlüssel für die Pauschalierung festgelegt und somit die Berechnung des neuen Pauschalbetrages ermöglicht wird,
5. zu prüfen, wie der Einsatz klimafreundlicher Antriebstechnologien in der Landwirtschaft durch Forschung, Investitionsförderung und Erprobungsprojekte gezielt unterstützt werden kann, um mittelfristig echte Alternativen zum fossilen Diesel zu schaffen,
6. zu prüfen, wie im Rahmen bestehender Landesstrukturen Beratungsangebote für landwirtschaftliche Betriebe weiter unterstützt werden können, um eine rechtssichere und unbürokratische Antragstellung zu ermöglichen,
7. ein in den GAP-Antrag integriertes Programm zu entwickeln, welches auf Grundlage der gemeldeten Zahlen den Pauschalbetrag wiedergibt und den Zahlstellen zur Verfügung stellt,
8. über die EU-Zahlung entsprechende Vorbereitungen zu treffen, damit die Auszahlungen künftig analog zu den GAP-Mitteln über die Landwirtschaftskammer erfolgen können,
9. die Auswirkungen einer entbürokratisierten Agrardieselregelung zu evaluieren.

Begründung

Wissenschaftliche Einschätzungen und Rückmeldungen aus Praxis und Verwaltung zeigen übereinstimmend, dass der bürokratische Aufwand der Agrardieselrückvergütung vielfach in keinem angemessenen Verhältnis zur steuerlichen Entlastung steht. Insbesondere Mehrfachprüfungen, kleinteilige Nachweisanforderungen und fehlende digitale Schnittstellen erschweren eine effiziente Abwicklung.

Eine automatisierte und pauschalisierte Auszahlung des Agrardiesels hätte zahlreiche Vorteile. Landwirtschaftliche Betriebe müssten keine Dieselbelege mehr einreichen. Gleichzeitig müssten Landwirtinnen und -wirte einen Antrag weniger pro Jahr stellen. Bundesweit entfielen dadurch ca. 160 000 Anträge, die aktuell beim Zoll gestellt werden müssen. Gleichzeitig wird über Pauschalen ein Anreiz gesetzt, Diesel einzusparen sowie verstärkt auf den Einsatz klimafreundlicherer und effizienterer Antriebstechnologien zu setzen. Nicht zuletzt gäbe es weniger Missbrauchsmöglichkeiten, wodurch auch weniger Kontrollen nötig wären.

Zusammenfassend ist die Entbürokratisierung der Agrardieselregelung ein sachgerechter und verantwortungsvoller Ansatz. Sie stärkt die Betriebe kurzfristig, entlastet Verwaltung und Landwirtschaft gleichermaßen und schafft Raum, um parallel den technologischen Wandel hin zu klimafreundlicheren und effizienteren Antriebssystemen gezielt voranzubringen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Volker Bajus
Parlamentarischer Geschäftsführer